

In: Biervert, Bernd u.a. (Hrsg.): Institutionelle Reformen in der Krise.
Frankfurt u.a. : Campus-Verlag, 1974. - S. 421-437

Hans G. Nutzinger

Mikroökonomische Ansatzpunkte demokratischer Wirtschaftsplanung

1. Der Ansatzpunkt
2. Einige realistischere Gesichtspunkte
3. Zur Kritik bestehender Ansätze demokratischer
Wirtschaftsplanung
4. Abschließende Bemerkungen

1. Der Ansatzpunkt

Gegenüber dem insbesondere von Sozialisten erhobenen Vorwurf, der Kapitalismus sei ein ungeplantes, ja planloses und damit letztlich irrational-les Wirtschaftssystem, weisen die Vertreter der traditionellen Ökonomie darauf hin, daß dies eine irreführende Beschreibung der Wirklichkeit sei: Die von ihnen so apostrophierte "freie Marktwirtschaft" basiere auf dem geplanten Handeln vieler Wirtschaftseinheiten, typischerweise der Haushalte und der Unternehmen, wobei eine Interaktion dieser Einzelpläne und ihre Abstimmung über den Markt erfolge. Ausgeblendet wird bei dieser Sicht der Dinge allerdings, daß innerhalb der einzelnen Unternehmen diese Pläne keineswegs aus dem marktmäßig koordinierten Zusammenspiel der Einzelpläne aller Unternehmensmitglieder entstehen, sondern daß im wesentlichen eine durch eine außermärkliche, über Plan, Befehl und die Trennung zwischen dispositiven und exekutiven Tätigkeiten vermittelte "Zentralplanung" der Unternehmensleitung im Produktionsprozeß hierarchisch durchgesetzt wird. Etwas überspitzt gesagt, kann man den traditionellen Gegnern zentraler Planungsverfahren auf volkswirtschaftlicher Ebene vorhalten, daß ihr Modell der "freien Marktwirtschaft" letztendlich eine "Zentralplanung" im Unternehmensbereich voraussetzt.

Diesem Paradoxon bei konservativen Theoretikern entspricht ein analoger Widerspruch bei einer Vielzahl traditioneller Sozialisten, insbesondere solcher der marxistischen Denkrichtung. Ausgehend von der richtigen Beobachtung, daß der betriebliche Produktionsprozeß durch Subordination und Herrschaft mit entsprechenden Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft bestimmt ist, suchen sie häufig die Aufhebung dieser Subordinationsverhältnisse, indem sie diese durch "bewußte" Planung - meist ohne es zu bemerken - auf die Gesellschaft insgesamt ausdehnen wollen. Natürlich wird gesagt, daß diese bewußte sozialistische Planung demokratisch gestaltet sein soll; aber den meisten Entwürfen sozialistischer Planungsverfahren ist nicht zu entnehmen, wie eine wirksame Beteiligung und Planung der Arbeiter auf den verschiedenen Ebenen der Volkswirtschaft erfolgen soll. Vielmehr erscheint es häufig so, daß die "Arbeiterklasse" zu einem theoretischen, idealen Subjekt verkommt, das nur noch fiktiv herrscht, während eine Klasse oder Schicht von Fachleuten, Managern und Technokraten,

sozusagen stellvertretend für das Volk, die Entscheidungsgewalt im täglichen Produktionsprozeß auf den verschiedenen Ebenen der Volkswirtschaft ausübt.¹ Verstent man also unter Wirtschaftsdemokratie oder demokratischem Sozialismus wesentlich die Beteiligung der Arbeiter an den Entscheidungen über die ökonomischen und sozialen Bedingungen der Produktion im Unternehmen, so heißt mikroökonomische demokratische Wirtschaftsplanung zunächst einmal die Bereitstellung organisatorischer und fachlicher Bedingungen für eine wirksame und effiziente Planung aller Mitglieder im Unternehmen. Dadurch entsteht im theoretischen Idealfall eine Vielzahl demokratischer Wirtschaftspläne in den einzelnen Unternehmen, die einerseits zur Vermeidung von Überschneidungen und Konflikten der Begrenzung auf die betrieblichen Aktionsparameter bedürfen und die andererseits miteinander koordiniert werden müssen. Grundsätzlich gilt dabei, daß die Entscheidungsrechte der Arbeiter ihre Grenzen dort finden, wo die Interessen anderer Wirtschaftseinheiten, insbesondere anderer Produzenten und der Konsumenten, betroffen sind und natürlich auch dort, wo der gleichfalls demokratisch konzipierte Staat als Vertreter gesamtgesellschaftlicher Interessen den Entscheidungsraum der einzelnen Unternehmen beschränkt.

Wie hätte nun die Koordination der verschiedenen mikroökonomischen Einzelpläne zu erfolgen? Theoretisch läßt sich diese Frage leicht beantworten, wenn man die üblichen Bedingungen vollkommener Konkurrenz auf allen Märkten einfach postuliert, weil man dann zeigen kann, daß bei den üblichen, stilisierten Annahmen über Technologie und Präferenzen und bei vollkommener Sicherheit eine Marktwirtschaft mit Arbeiterselbstverwaltung ein Konkurrenzgleichgewicht realisiert, das zugleich ein Pareto-Optimum ist.² In diesem in der Wirklichkeit freilich nicht einzulösenden Idealfall hätte man dann verteilungspolitische Zielsetzungen einfach so zu verfolgen, daß man die Anfangsausstattung oder die Einkommensverteilung der Haushalte durch staatliche Maßnahmen verändert; dies allerdings bedingt einen weiteren Grad von Idealisierung, nämlich die Annahme, daß die entsprechenden Umverteilungsmaßnahmen allokatonsneutral sind in dem Sinne, daß sie nicht die Erreichung eines Pareto-Optimums stören.³

In dieser idealen Welt wären alle Probleme demokratischer Wirtschaftsplanung bereits gelöst: Jedes Unternehmenskollektiv trifft seine Entscheidungen demokratisch, und über die Koordination dieser Wirtschaftspläne auf idealisierten Märkten und unter idealisierten Bedingungen für Technologie und Präferenzen wird ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht erreicht, das die - zumindest für den Fachökonom - erfreuliche Eigenschaft der Pareto-Optimalität besitzt und alle weiteren gesamtgesellschaftlichen Planungen schon deswegen überflüssig machen würde, weil es weder (unfreiwillige) Arbeitslosigkeit noch regionale oder strukturelle Ungleichgewichte geben könnte. Der Inflation wäre bereits die begriffliche Basis entzogen, da mangels Geld keine Geldentwertung stattfinden könnte; ließe man dennoch Geld als spezielles Gut zu, so würden vollkommene Voraussicht und Freiheit von Geldillusion das Inflationsproblem gleichfalls beseitigen.

Nach dem vorher Gesagten ist es fast überflüssig darauf hinzuweisen, daß die Wirklichkeit aus einer Vielzahl von Gründen weit weniger ideal ist als unsere Modelle des allgemeinen Gleichgewichts. Damit stellt sich das Problem, welche Konsequenzen sich aus dieser Unvollkommenheit der Welt für eine demokratische Wirtschaftsplanung ergeben, die einerseits gesamtwirtschaftlichen Zielen wie der Vollbeschäftigung, dem stetigen Wachstum, der Geldwertstabilität oder regionaler und sektoraler Gleichgewichte entspricht und auf der anderen Seite die Partizipationsmöglichkeiten der Arbeiter nicht unnötig einschränkt. Naheliegend, aber meiner Meinung nach falsch wäre es, das ideale Kind der vollkommenen wirtschaftsdemokratischen Konkurrenz mit dem Bade der zahlreichen realen Unvollkommenheiten auszuschütten. Es stellen sich vielmehr zwei wesentliche praktische Fragen:

1. Welche Charakteristika des Konkurrenzmodells können Hinweise auf eine praktische Gestaltung demokratischer Wirtschaftsplanung geben, und
2. welche praktischen Schritte erscheinen unter den historischen und institutionellen Bedingungen der westdeutschen Wirtschaft sinnvoll und möglich, um diesem Ziel näher zu kommen?

Der Erörterung dieses Problemkreises dient der folgende Abschnitt.

2. Einige realistischere Gesichtspunkte

Ein wichtiger Vorteil der Koordination von Einzelplänen über Märkte, der bis zu einem gewissen Grade auch unter weniger idealen Bedingungen wenigstens teilweise erhalten bleibt, ist die enge Verbindung, die sie zwischen den Entscheidungen der Unternehmen und ihrer gesellschaftlichen Bewertung herstellen. Wenn sich etwa die Arbeiter dafür aussprechen, ihre Freizeit auszudehnen oder ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, dann müssen sie im Idealfall die sozialen Kosten dieser Besserstellung selbst tragen, in weniger idealen, aber dafür realistischeren Fällen in der Regel mindestens einen Teil dieser Kosten. Ohne daß es unmittelbaren politischen Drucks oder direkten Staatseingriffs bedarf, wird durch die Bewertung solcher Entscheidungen auf dem Markt eine Kostenanlastung bewirkt: Hat nämlich die Unternehmung in der Ausgangssituation ihre Ressourcen voll genutzt, so wird sie eine Produktionseinschränkung - und damit im allgemeinen eine Einkommenseinbuße - hinnehmen müssen, die sich aus der Verkürzung der Arbeitszeit oder der Verbesserung der Arbeitsbedingungen ergeben wird. Nur im Falle absoluter Marktmacht, bei Fehlen jeglicher Konkurrenz und völlig unelastischer Nachfrage, wird es ihr gelingen, die Kosten dieser Besserstellung voll auf die Nachfrager abzuwälzen. In den anderen Fällen, in denen es nicht zu einer Kostenanlastung kommt, etwa wenn die Arbeiter infolge verkürzter Arbeitszeit oder verbesserter technischer Ausstattung mehr Freude an der Arbeit zeigen und dementsprechend ihre Produktivität steigern, dann ist auch dieses Fehlen einer "Zahlung an die Gesellschaft" vollkommen gerechtfertigt, da ja in solchen Fällen die Arbeiter ihre Lebensbedingungen verbessert haben, ohne dafür letztendlich von der Gesellschaft Ressourcen in Anspruch zu nehmen. Diese - je nach den Marktbedingungen mehr oder weniger enge - Verknüpfung mikroökonomischer Entscheidungen mit ihrer gesellschaftlichen Bewertung, die überdies der einzelnen Unternehmung einen wirklichen Entscheidungsspielraum läßt, macht den Marktmechanismus zu einer besonders attraktiven Form gesellschaftlicher Koordination, die mit effektiver Arbeiter-selbstverwaltung im Betrieb vereinbar ist. Da jedoch aus einer Vielzahl von Gründen, die wir im folgenden kurz diskutieren werden, keineswegs alle Entscheidungen marktmäßig koordiniert werden können, müssen zusätzliche Formen gesellschaftlicher Koordination - insbesondere Partizipation im politischen Prozeß und de-

mokratische Wirtschaftsplannung - den Marktmechanismus dann ergänzen (nicht ersetzen), wenn und soweit dies wegen "Marktversagens" erforderlich ist.

Nach unseren obigen Überlegungen liegt Marktversagen immer dort vor, wo aus irgendwelchen Gründen die Verbindung zwischen mikroökonomischer Entscheidung und gesellschaftlicher Bewertung gestört ist, etwa in der Form, daß die Arbeiter nicht die vollen sozialen Kosten ihrer demokratischen Entscheidung selbst zu tragen haben. Diese Verbindung ist immer dann gestört, wenn auch im allgemeinen nicht vollständig unterbrochen, wenn einer der folgenden Fälle vorliegt: ⁴

1. Abweichungen von den Marktbedingungen vollkommener Konkurrenz, die sich generell darin zeigen, daß die Unternehmung den Preis nicht als reinen Erwartungsparameter betrachtet mit der Konsequenz, daß das einzelne Unternehmen bis zu einem gewissen Grade den Zusammenhang zwischen Preisen und Kosten selbst beeinflussen kann. Je nachdem, auf welcher Ursache diese Abweichung von der vollkommenen Konkurrenz beruht, wird die zu ergreifende staatliche Maßnahme unterschiedlich sein; wichtig ist aber, daß auch im Falle monopolistischer Konkurrenz der Zusammenhang zwischen individuellen Entscheidungen und gesellschaftlicher Bewertung im allgemeinen nicht vollkommen aufgehoben ist.
2. Das Vorliegen externer Effekte bewirkt gleichfalls eine Störung des Zusammenhangs zwischen einzelwirtschaftlichen Entscheidungen und gesamtwirtschaftlichen Bewertungen, und zwar in der Form, daß die betriebliche Ertragsrechnung dadurch verfälscht wird, daß das Unternehmen bestimmte Ressourcen, ohne sie auf dem Markt zu kaufen, von anderen oder von der Gesellschaft beansprucht oder auch, daß das Unternehmen Erträge für andere oder die Gesellschaft insgesamt bewirkt, für die es nicht kompensiert wird. Besonders wichtig ist hier das Phänomen der Umweltbelastung durch mikroökonomische Produktion: Hier sind korrigierende Maßnahmen höherer Entscheidungseinheiten, insbesondere des Staates, erforderlich, die jedoch nicht notwendig in der Form direkter Befehlsplanung erfolgen müssen. Je nach Art und Umfang des externen Effektes wird man aus einem breiten Instrumentarium korrigierender Eingriffe von der Gewährleistung rechtlicher Bedingungen für bilate-

rale Verhandlungen über Steuern und Subventionen, Vorschriften und Mindeststandards bis hin zu unmittelbaren Verboten greifen müssen. Für eine demokratische Wirtschaftsplanung wichtig ist hierbei die Tatsache, daß direkte Eingriffe, wiewohl manchmal praktisch unabdingbar, vom theoretischen Standpunkt aus gegenüber einer indirekten Korrektur über den Marktmechanismus weniger effizient sind. Die Beteiligung der Arbeiter an den Erträgen und Entscheidungen des Unternehmens wird überdies den Umfang externer Effekte dadurch reduzieren, daß durch den Partizipationsmechanismus selbst eine stärkere Identität zwischen Verursacher und Betroffenen entsteht als bei der traditionellen hierarchischen Entscheidungsstruktur mit wenigen Managern an der Unternehmensspitze, die sich den sozialen Folgen ihrer Entscheidungen (z. B. der Umweltbelastung) leicht durch Wahl geeigneter Wohnorte entziehen können.

3. Ein weiterer wichtiger Bereich staatlicher Aktivität und Planung ergibt sich bei der Produktion öffentlicher Güter und der Bereitstellung einer modernen, aufwendigen Infrastruktur. Hierzu kann man auch weite Bereiche des Bildungswesens rechnen, in dem eine marktmäßige Produktion häufig möglich, jedoch aus übergeordneten Gesichtspunkten - etwa der Chancengleichheit im Bildungswesen - nicht wünschenswert ist. Generell gilt, daß der Marktmechanismus dazu tendiert, Waren, die auch Eigenschaften öffentlicher Güter aufweisen, in zu geringem Maße zu produzieren. Ein weiteres Argument für staatliche Kontrolle, wenn nicht unmittelbare staatliche Aktivität, ergibt sich hier auch daraus, daß viele öffentliche Versorgungsbetriebe im Bereich abnehmender Grenzkosten produzieren, also eine Art von natürlichem Monopol besitzen. Hier würde eine unkontrollierte privatwirtschaftliche Produktion leicht zu einem Mißbrauch dieser Monopolstellung führen, der auch nicht mit traditionellen wettbewerbspolitischen Maßnahmen (wie z. B. Fusionskontrolle, Aufspaltung von Unternehmen) beizukommen wäre, da ja die Monopolsituation auf technologischen Vorteilen beruht.
4. Damit zusammenhängend ergibt sich ein wichtiges Aufgabenfeld für eine demokratische staatliche Rahmenplanung aus der Tatsache, daß viele Bedürfnisse sich gar nicht oder jedenfalls nicht hinreichend auf dem Markt artikulieren können. Dies gilt besonders für die Interessen

künftiger Generationen, die mit den Konsequenzen eines heute unter kurzfristigen Rentabilitäts Gesichtspunkten betriebenen Abbaus oder gar Raubbaus natürlicher Ressourcen und nicht regenerierbarer Rohstoffe konfrontiert werden, ohne daß sie ihre "Präferenzen" auf den heutigen Märkten zur Geltung bringen könnten. Allerdings wird auch das politische Handeln stark von den kurzfristigen Interessen der heute lebenden Bürger, Verbände, Politiker und Institutionen bestimmt, so daß hier ähnlich dem 'Marktversagen' auch ein 'Politikversagen' bei der Berücksichtigung dieser Interessen vorliegen kann. Auch hier gilt wieder, daß demokratische Beziehungen im Unternehmensbereich, der "Produktionssphäre", zusammen mit einer demokratischen Verfassung des staatlichen Bereichs, für eine adäquate Lösung dieses intergenerativen Konflikts von entscheidender Bedeutung sind.

Die Liste der Fälle, in denen staatliches Eingreifen in den Marktprozeß geboten scheint, ist damit keineswegs erschöpft. Als generelle Empfehlung für erforderliche staatliche Interventionen ergibt sich aus unseren Überlegungen, daß diese darauf zielen sollten, den gestörten Zusammenhang zwischen Entscheidung und Bewertung zu verstärken, ihn jedoch nicht etwa durch unüberlegte Eingriffe wenig kontrollierbarer Bürokraten gänzlich zu zerstören. Auch hier schafft eine direkte Partizipation der unmittelbar Betroffenen auf allen Ebenen die besten Bedingungen dafür, daß Planungsverfahren und Interventionen im öffentlichen Bereich wirklich demokratisch kontrolliert werden können, da der Staat in einer Gesellschaft, die wesentlich durch partizipative Beziehungen im Unternehmens- und anderen Bereichen gekennzeichnet ist, sich stärkerer partizipativer Kontrolle durch die Bürger gegenüber sieht als in hierarchisierten Gesellschaften kapitalistischen oder staatssozialistischen Typs, in denen die schwer kontrollierbare Entscheidungsmacht großer Unternehmen und staatlicher Bürokratien sich wechselseitig ergänzt und verstärkt.

Öffentliche Betriebe, die nicht vorrangig von einem engen betriebswirtschaftlichen Ertragskalkül bestimmt sind, sondern darüber hinaus der Verfolgung gesamtwirtschaftlicher Zielsetzungen dienen sollen,⁵ bieten überdies einen guten praktischen Ansatzpunkt für die Einführung partizipatori-

scher Entscheidungsstrukturen innerhalb des Unternehmens, da es hier keinen unmittelbaren Widerspruch zwischen den Gewinninteressen privater Kapitaleigner und den Arbeitnehmerinteressen gibt. Allerdings ist darauf zu achten, daß die Partizipation der Beschäftigten in öffentlichen Betrieben sich nicht zu Lasten der Allgemeinheit vollzieht. Dieses bedingt wiederum einerseits eine möglichst wirksame Substitutionskonkurrenz durch privatwirtschaftliche Produktionsformen (etwa im Bereich des Verkehrs- und Transportwesens), und zum anderen eine wirksame Partizipation und Kontrolle durch den politischen Prozeß. Ein zweiter praktischer Ansatzpunkt ist die Ausweitung der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung über den bisher erreichten Stand hinaus. Dazu würde als erster Schritt neben einer vollen Parität in den Entscheidungsgremien die Ausweitung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz und der bisher besonders schwachen Mitwirkung an wirtschaftlichen Entscheidungen gehören; die Tarifpolitik der Gewerkschaften hat hierbei durch Einbeziehung der unmittelbaren Arbeitsbedingungen in die Verhandlungen und Verträge eine wichtige ergänzende Funktion auszuüben. Es sollte dabei allerdings nicht übersehen werden, daß eine derartige Ausweitung der Mitbestimmung auf allen Ebenen letztlich zu veränderten eigentumsrechtlichen Regelungen, etwa im Gesellschafts- und Haftungsrecht, führen muß. Ein weiterer Ansatzpunkt für eine Politik demokratischer Wirtschaftsplanung auf mikroökonomischer Ebene wäre in der weiteren Entwicklung partizipatorischer Unternehmungen zu sehen, die in der Bundesrepublik, mit unterschiedlichen Beteiligungsrechten der Arbeitnehmer ausgestattet, zum größten Teil in der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e.V. zusammengeschlossen sind.⁶ Besonders wichtig wäre hier insbesondere die stärkere Verbreitung von Erfahrungen, welche die partizipatorischen Unternehmungen innerhalb einer kapitalistischen Umwelt gemacht haben.⁷ Schließlich ist die Humanisierung der Arbeitswelt durch technologische und organisatorische Veränderungen ein wichtiger Schritt zum, wenn zunächst auch nur graduellen, Abbau von entfremdeter und entfremdender Arbeit auf der Ebene des Betriebes.⁸ Damit werden auch gesamtgesellschaftlich wirksame Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung geschaffen.

3. Zur Kritik bestehender Ansätze demokratischer Wirtschaftsplanung

Unsere bisherigen Überlegungen haben ergeben, daß es eine Vielzahl von Fällen gibt, die das Eingreifen höherer Entscheidungsebenen erforderlich machen; dazu gehören auch die mit dem Marktprozeß verbundenen Schwankungen in der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, den Investitionen und der Wachstumsrate.⁹ Vom Standpunkt demokratischer Wirtschaftsplanung aus ist dabei wichtig, daß die erforderlichen, wenn auch nur begrenzt wirksamen Maßnahmen der Geld- und Fiskalpolitik wirksamer demokratischer Kontrolle nicht nur bei ihrer Konzipierung, sondern insbesondere bei ihrer Durchführung bedürfen, um nicht ungerechtfertigte Sondervorteile einzelner Gruppen (z. B. großer Unternehmen) damit zu schaffen. Wie etwa die amerikanischen Erfahrungen mit dem "Rüstungsindustriellen Komplex" zeigen, gibt es eine starke Tendenz zur Zusammenarbeit zwischen der staatlichen Bürokratie und wenigen großen Unternehmen - eine Beobachtung, die man in bestimmten Bereichen (etwa dem Wohnungsbau) auch in der Bundesrepublik Deutschland machen kann. Dies ist Grund dafür, skeptisch gegenüber der Vorstellung zu sein, man könne durch eine staatliche gesamtgesellschaftliche Planung als Gegenmacht gegen die Entscheidungen der großen Unternehmen die gesamtwirtschaftliche Stabilität verbessern. Sicherlich ist es zutreffend, daß Unternehmensplanungen großer Konzerne - auch wenn sie unter Beteiligung der Arbeitnehmer erfolgen - zur Krisenverschärfung führen können, doch ist damit noch lange nicht gesagt, daß eine staatliche Planung derartige Instabilitäten korrigieren kann und wird. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß sich durch die Planung von Unternehmens- und Staatsbürokratien die Instabilitäten wechselseitig kumulieren, und dies zwar auch dann, wenn es nicht zu einem unmittelbaren Zusammenspiel zwischen staatlichen Bürokratien und großen Unternehmungen kommt. Häufig können auch mangelhafte Informationen und fehlerhafte Abschätzungen der Wirkungsgrößen und Wirkungszeiten zu kumulativen destabilisierenden Prozessen führen. Daher sollte staatliche Planung als "Gegenmacht" zur Planung der großen Unternehmen, wo immer möglich, in der Form staatlicher Rahmenseetzungen und indirekter Eingriffe erfolgen. Darüber hinaus sollten, wie bereits bemerkt, wettbewerbs- und ordnungspolitische Interventionen ergriffen werden, mit dem Ziel, solche Großunternehmen aufzuteilen, deren Größe nicht auf

technologischen Vorteilen (etwa der Produktion im Bereich abnehmender Skalenerträge) beruht, sondern wesentlich auf dem Gebrauch oder Mißbrauch wirtschaftlicher oder politischer Machtstellung.

Für besonders irreführend halte ich in diesem Zusammenhang die Vorstellung, über ein System demokratischer Investitionslenkung stabilitätspolitische, strukturpolitische und gesellschaftspolitische Zielsetzungen zu verfolgen.¹⁰ Gegen die Vorstellung einer besseren Stabilitäts- und Strukturpolitik spricht neben einschlägigen Erfahrungen im Bereich der Bau- und Landwirtschaft auch das theoretische Argument, daß unternehmerische Fehlplanungen im allgemeinen geringere Globalwirkungen haben als Fehlprognosen und Fehlentscheidungen staatlicher Investitionsstellen, denen häufig neben den erforderlichen Informationen auch die entsprechenden positiven und negativen Anreize für möglich exakte Planungen fehlen. Selbst wenn, zweifelhaft genug, die staatlichen Prognosen und die darauf resultierenden Investitionsbeeinflussungen präziser sind als die dezentralen Investitionsentscheidungen der Einzelunternehmen, bleibt immer noch das Problem, daß eine zentrale Investitions Fehlplanung, wenn sie doch einmal vorkommt, ungleich stärkere und stärker destabilisierende Wirkungen haben wird als die Mißkalkulationen einzelner Unternehmen.

Noch unwahrscheinlicher erscheint mir die erfolgreiche Durchsetzung des gesellschaftspolitischen Ziels, das auf eine Veränderung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hin zu einem System des demokratischen Sozialismus ausgerichtet ist. Entgegen den Absichten ihrer Befürworter sind Investitionskontrollen, besonders solche direkter Art, im allgemeinen kein geeignetes Mittel, die Ziele eines demokratischen Sozialismus zu erreichen. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß eine, auch demokratisch konzipierte, Investitionslenkung entweder zu einem traditionellen Investitionskartell degeneriert, das aus der Beteiligung von Staat und Gewerkschaften nur zusätzliche Legitimation bezieht und damit schwerer abzuschaffen wäre, in ein Kartell also, das zu Lasten der Konsumenten und damit insbesondere zu Lasten der Arbeiter geht. Auf der anderen Seite können sich immanente Tendenzen zu einer Bürokratisierung und

Zentralisierung einer ursprünglich demokratisch konzipierten Investitionslenkung ergeben, die ihrerseits in sich die Gefahr bergen, daß die Arbeiter von den Entscheidungen ausgeschlossen und mit einer "neuen Klasse" unternehmensexterner Bürokraten konfrontiert werden. Neben den aus der Politikwissenschaft und der Soziologie bekannten Tendenzen zu einer Verselbständigung von Organisationen entgegen ihrem ursprünglichen Zweck spricht für diese Vermutung auch der Umstand, daß Feinplanungen in einzelnen Bereichen zu Gegenmaßnahmen in anderen Bereichen führen und damit die Erweiterung eines bestehenden Planungsapparats erforderlich machen.

4. Abschließende Bemerkungen

Die Beteiligung der Arbeiter an den Entscheidungen und Erträgen des Unternehmens in einem marktwirtschaftlichen System bietet und erfordert auch Möglichkeiten der außermärklichen Koordination und des planenden staatlichen Eingriffs. Der Grundgedanke marktwirtschaftlicher Arbeiterselbstverwaltung besteht jedoch darin, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, die insbesondere in den westlichen Industrieländern immer wieder korrigierende Eingriffe des Staates notwendig machen, möglichst an ihrer Wurzel - im Produktionsprozeß - anzugehen und damit die Notwendigkeit zu staatlichen Interventionen und gesamtgesellschaftlicher Planung zu verringern, anstatt sie - über bürokratische Verselbständigungsprozesse - zu vergrößern. Soweit dies nicht gelingt, muß natürlich über einen funktionsfähigen politischen Prozeß und die unmittelbare Beteiligung der Betroffenen auf den verschiedenen Ebenen darauf hingewirkt werden, daß sich nicht staatliche Instanzen und Planungsprozeduren gegenüber der Bevölkerung verselbständigen. Karl Marx hat zu Recht auf die Gefahren des "Warenfetischismus" ¹¹ hingewiesen; die Erfahrungen in den staatssozialistischen Ländern legen es nahe, die Gefahr des Planungs- oder Amtsfetischismus ¹² demgegenüber nicht unterzubewerten.

ANMERKUNGEN

- 1) Zu einer anschaulichen Kritik des real existierenden Sozialismus vgl. die scharfsinnige Analyse von Bahro (1977).
- 2) Zum formalen Beweis siehe Drèze (1975).
- 3) oder, wie man früher zu sagen pflegte, daß sie nicht "die Marginalbedingungen verletzen".
- 4) Zu einer detaillierteren und formaleren Darstellung dieser Problematik aus traditioneller Sicht vgl. etwa Sohmen (1976).
- 5) Vgl. dazu Van der Bellen (1977, bes. Kap. II).
- 6) Vgl. die Studie von FitzRoy und Cable (1978).
- 7) Aus verschiedenen Gründen haben partizipatorische Firmen in der Bundesrepublik gegenwärtig mit ökonomischen Schwierigkeiten zu kämpfen, die vielleicht mit dazu beigetragen haben, daß diese Unternehmungen eine eher zurückhaltende Informationspolitik betreiben. Allerdings liegt die generelle Vermutung nahe, daß es dem partizipativen Unternehmer ähnlich geht wie dem innovativen Unternehmer, der nach Schumpeter die Besonderheit aufweist, ein Führer zu sein, der keine Nachfolger will, da diese ihm das Geschäft verderben.
- 8) Zum Programm der Bundesregierung vgl. Matthöfer (1978) sowie den Abschnitt des vorliegenden Sammelbandes.
- 9) Vgl. zur Diskussion dieser Probleme Erich Hödl (1978).
- 10) Zu einer ausführlichen Begründung dieser These Nutzinger (1978).
- 11) Vgl. Karl Marx (1867, Kap. 1).
- 12) Vgl. dazu insbesondere Horvat (1972).

LITERATUR

- BAHRO, RUDOLF (1977): Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln: EVA
- DREZE, J. (1975): "The Pure Theory of Labour-Managed and Participatory Economies, Part I: Certainty", CORE Discussion Paper 7422, Löwen.
- FITZROY, FELIX R. und CABLE, JOHN (1978): Incentives, Participation and Productivity in German Firms, Discussion Paper, International Institute of Management, Berlin.
- HORVAT, BRANKO (1972): Die jugoslawische Wirtschaft. Ein Essay.
- HÜDL, ERICH (1976): "Bemerkungen zur Nachfragesteuerung und Rahmenplanung", Manuskript, Gesamthochschule Wuppertal.
- MARX, KARL (1867): Das Kapital, Bd. 1. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 23, Berlin: Dietz-Verlag
- MATTHÜFER, HANS (1978): Humanisierung der Arbeit und Produktivität in der Industriegesellschaft, Köln-Frankfurt/Main: EVA.
- NUTZINGER, HANS G. (1978): "Investitionslenkung als Mittel der Wirtschaftspolitik? Zur Problematik einer systemverändernden Konzeption", in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Heft 3.
- SOHMEN, EGON (1976): Allokationstheorie und Wirtschaftspolitik, Tübingen: J.C.B. Mohr.
- VAN DER BELLEN, ALEXANDER (1977): Öffentliche Unternehmen zwischen Markt und Staat, Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Nutzinger, Hans G.

Mikroökonomische Ansatzpunkte demokratischer Wirtschaftsplanung
(Thesen)

(Die folgenden Thesen stellen sowohl einen Entwurf als auch eine Kurzfassung des hier ebenfalls abgedruckten Referates des Autors dar. H. Strohauer bezieht sich mit seinem anschließenden Beitrag auf die Thesen. Red.)

These 1:

Versteht man unter wirtschaftlicher Demokratie wesentlich die Partizipation der Arbeiter an den Entscheidungen über die ökonomischen und sozialen Bedingungen der Produktion im Unternehmen, so heißt mikroökonomische demokratische Wirtschaftsplanung zunächst die Bereitstellung organisatorischer und fachlicher Bedingungen für eine effektive gemeinsame Planung im Betrieb.

These 2:

Die Entscheidungsrechte der Arbeiter finden ihre Grenzen einerseits in den Interessen anderer Produzenten, der Konsumenten und des Staates als Vertreter gesamtgesellschaftlicher Interessen.

These 3:

Unter idealisierten, in der Wirklichkeit nie einzufließenden Bedingungen würde bei vollkommener Konkurrenz auf allen Märkten eine hinreichende Koordination der Interessen von Produzenten und Anbietern erfolgen, die zugleich die Entscheidungen der einzelnen Arbeitskollektive mit gesamtgesellschaftlichen Interessen zurückkoppeln würde. Obwohl aus einer Vielzahl von Gründen eine derartige Rückkopplung nie vollkommen funktionieren kann, ist sie doch, soweit als möglich, auch deswegen anzustreben,

weil sie für die Belegschaft jedes Betriebes einen möglichst weiten Raum für selbstbestimmte Entscheidungen übrigläßt.

These 4:

Verschiedene Formen von Marktunvollkommenheiten erfordern indes eine Ergänzung der Marktkoordination partizipativer Entscheidungen in den einzelnen produzierenden Einheiten durch andere Koordinationsverfahren:

- a) Die Produktion öffentlicher Güter wie auch andere gesamtgesellschaftliche Erfordernisse und/oder Zielsetzungen erfordern einen Bereich staatlicher Aktivität, indem an die Stelle marktmäßiger Koordination Formen direkter und indirekter Partizipation im politischen Prozeß treten müssen. Eine Gesellschaft, die wesentlich durch partizipative Beziehungen im Unternehmensbereich gekennzeichnet ist, bildet für wirklich demokratische Planungsverfahren im öffentlichen Bereich bessere Chancen als hierarchisierte Gesellschaften kapitalistischen oder staatssozialistischen Typs.

These 5:

Gegen Allokationsstörungen aufgrund erheblicher Marktmacht großer Unternehmen, die sich auch dann zum Schaden der Gesellschaft auswirkt, wenn die Arbeiter an den Entscheidungen beteiligt sind, gibt es keine einfachen Lösungen; hier ist jedoch ein weiter Bereich für aktive Wettbewerbspolitik einerseits und andererseits eine demokratische Kontrolle dieser Monopolmacht zu sehen.

These 6:

Entgegen den Absichten ihrer Befürworter sind Investitionskontrollen im allgemeinen kein geeignetes Mittel, die Ziele eines demokratischen Sozialismus zu erreichen: Es besteht die Gefahr, daß eine, auch demokratisch konzipierte, Investitionslenkung entweder zu einem traditionellen Investitionskartell degeneriert, das aus der Beteiligung von Staat und Gewerkschaft nur zusätzliche Legitimation bezieht und schwerer abzuschaffen wäre, in ein Kartell also, das zu Lasten der Konsumenten und

somit insbesondere der Arbeiter geht; auf der anderen Seite können sich immanente Tendenzen zu einer Bürokratisierung und Zentralisierung einer ursprünglich demokratisch konzipierten Investitionslenkung ergeben, die ihrerseits in sich die Gefahr birgt, die Arbeiter von Entscheidungen auszuschließen und sie mit einer "neuen Klasse" unternehmensexterner Bürokraten zu konfrontieren.

These 7:

Wenn es auch zutreffend ist, daß Unternehmensplanungen großer Konzerne (auch unter Entscheidungsbeteiligung der Arbeitnehmer) zu Instabilitäten führen kann, so ist damit noch nicht gesagt, daß eine staatliche gesamtgesellschaftliche Planung notwendig derartige Instabilitäten korrigieren wird. Es besteht auch die Gefahr, daß sich durch die Planungen von Unternehmens- und Staatsbürokratien die Instabilitäten wechselseitig kumulieren. Staatliche Planung als "Gegenmacht" zur Planung der großen Unternehmen sollte daher, wenn möglich, in der Form staatlicher Rahmenseetzungen und indirekter Eingriffe erfolgen; darüber hinaus müßten wettbewerbspolitische Maßnahmen ergriffen werden, solche Großunternehmen aufzuteilen, deren Größe nicht auf technologischen Vorteilen (z. B. abnehmende Skalenerträge) beruht, sondern auf dem Gebrauch wirtschaftlicher und/oder politischer Macht.

These 8:

Der Grundgedanke marktwirtschaftlicher Arbeiterselbstverwaltung besteht darin, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, die in den westlichen Industrieländern staatliche korrigierende Eingriffe immer wieder notwendig macht, möglichst an der Wurzel - im Produktionsprozeß - anzugehen und so die Notwendigkeiten zu staatlichen Interventionen und gesamtgesellschaftlicher Planung zu verringern, anstatt sie zu vergrößern. Wo dies nicht machbar ist, muß über einen funktionierenden politischen Prozeß und die unmittelbare Beteiligung der Betroffenen auf den verschiedenen Ebenen daraufhin gewirkt werden, daß sich nicht staatliche Instanzen und Planungsprozeduren gegenüber der Bevölkerung selbstständigen.